

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 61 (1967)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : saure Trauben ; Verhandlungsfrieden! ; Es geht um China ; Kleinkrieg in Lateinamerika ; Rüstung und Militärzwang

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141248>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Saure Trauben Im Auftrag amerikanischer Quäker hat eine Gruppe sachverständiger Friedensarbeiter im letzten Jahr ein kleines Buch «*China, Südostasien und der Krieg in Vietnam*» veröffentlicht, das unlängst auch in deutscher Übersetzung herausgekommen ist. (Stimme-Verlag, Frankfurt am Main.) Die Verfasser, meist gute Kenner der Verhältnisse in Vietnam und China, warfen zu Beginn des Jahres 1966 einen Blick auf die fast trostlose Lage in Südostasien und fragten sich, halb hoffend, halb zweifelnd: «Wird der Rekord der Eskalation des Schreckens sich aus dem Jahre 1965 hinübererstrecken in das Jahr 1966, oder wird es gelingen, ihn durch einen Rekord der Eskalation des Friedens abzulösen? Das vergangene Jahr der Verwüstung und des toten Punktes hat die selbstmörderische Natur von militärischen Lösungen für politische und wirtschaftliche Probleme erwiesen. Ein neuer Weg muss gefunden werden.»

Heute, ein Jahr später, könnte man genau die gleichen Fragen stellen, die gleichen Feststellungen machen und die gleichen zweifelnden Hoffnungen aussprechen. Die Steigerung der amerikanischen Kriegsanstrengungen ist mit Händen zu greifen. Die Truppenzahl in Südvietnam ist bis nahe an die vierhunderttausend hinaufgetrieben worden – das sind fünfmal mehr Amerikaner, als es Franzosen kurz vor ihrer Niederlage von Dien Bien Phu waren. Und General Westmoreland verlangt schon wieder neue Verstärkungen, um den Krieg auch ins Mekongdelta tragen zu können, wo es, so bemerkte er zynisch, wegen der grossen Wohndichte natürlich «bedauerliche Unfälle unter der Zivilbevölkerung» geben werde. In Nordvietnam geht inzwischen der amerikanische Luftkrieg mit stärkstem Einsatz weiter und hat nun auch die Vororte von Hanoi erfasst, das zum grössten Teil von der Bevölkerung geräumt werden musste. Und im Land wie im Luftkrieg bereiten die Amerikaner ausser den entsetzlichen Waffen, die sie längst gebrauchen, noch viel wirksamere chemische und biologische Waffen vor, ohne auch nur im geringsten sittliche oder völkerrechtliche Hemmungen zu empfinden. Das amtliche Armeehandbuch der Vereinigten Staaten stellt (nach dem «New Statesman» vom 16. Dezember 1966) kühl-sachlich fest: «Die Vereinigten Staaten haben keinen jetzt in Kraft stehenden Vertrag unterschrieben, der den Gebrauch giftiger oder nichtgiftiger Gase, von Rauch- oder Brandstoffen oder von bakteriologischen Kampfmitteln bei der Kriegführung verbieten oder einschränken würde.» Und wenn auch die Riesenausgaben für den Vietnamkrieg – im abgelaufenen Jahr über 25 Milliarden Dollar, also mehr als 100 Milliarden Schweizer Franken – die amerikanischen Staatsfinanzen bedenklich zu zerrütten beginnen, so scheint das doch die dafür verantwortlichen Politiker und Militärführer bis jetzt nicht ernstlich zu beunruhigen, um so weniger, als «die Wirtschaft» dabei prächtig gedeiht. In der «Roten Revue» (Zürich, Dezember 1966) berichtet zum Beispiel Michael J. Dym, ein Beamter der Swissair:

«Als ich letztthin von Neuyork zurück in die Schweiz flog, begann ich mit dem neben mir sitzenden, etwa 35 Jahre alten Amerikaner ein Gespräch. Als ich ihn fragte, was er vom Vietnamkrieg halte, sagte er ohne jedwelche Skrupel: ‚It’s a terrific business‘ (ein phantastisches Geschäft). Er war Sales Manager (Verkaufsleiter) einer bekannten Firma für elektronische Rechenmaschinen.» In der amerikanischen Luftfahrtindustrie sind nicht weniger als 93,7 Prozent der Beschäftigten an militärischen Aufträgen tätig. Was für einem Druck da Präsident Johnson und seine Regierung zugunsten einer Fortsetzung und Steigerung der Kriegsanstrengungen ausgesetzt sind, kann man sich einigermassen vorstellen.

Und doch scheint sich in der amerikanischen Haltung gegenüber dem Vietnamkrieg einiges geändert zu haben und wird sich vielleicht in diesem Jahr noch mehr ändern. Die lästerlichen Äusserungen Kardinal Spellmans, der den Vietnamkrieg als Gottesdienst bezeichnete (weil es ja gegen die Kommunisten gehe), sind sogar im Weissen Haus zu Washington mit einer gewissen Verlegenheit aufgenommen worden. Die USA-Regierung, so hiess es halbamtlich, erstrebe keinen militärischen Sieg in Vietnam, wie ihn Spellman verlange, sondern wolle «lediglich die Sicherheit und Unabhängigkeit Südvietnams gewährleisten». Das ist natürlich Wortklauberei. Die Regierenden in den Vereinigten Staaten wollen genau wie Spellman den Krieg so lange weiterführen, bis der Feind die Waffen streckt – und ein solches Kriegsergebnis hat man von jeher mit Recht als Sieg bezeichnet. Aber offenbar glauben sie nicht mehr an ein solches Ergebnis. Sie glauben nicht mehr, dass der Vietkong und Nordvietnam unter dem Druck der amerikanischen Waffen um Frieden bitten, sich also grundsätzlich bereit erklären werden, die amerikanischen Friedensbedingungen anzunehmen, die nicht auf die «Sicherheit und Unabhängigkeit Südvietnams» gegenüber *jeder* Einmischung von aussen hinauslaufen, sondern nur auf die Ausschaltung «kommunistischer» Einflüsse, während selbstverständlich Amerika auch nach einem Friedensschluss seine «Verpflichtung» erfüllen müsse, für ein kommunistenfreies Regiment in Südvietnam zu sorgen.* Dass auf *dieser* Grundlage eine Beendigung des Vietnamkrieges erzwungen werden könne, daran zweifelt man auch in den Vereinigten Staaten immer stärker, ohne es freilich offen zuzugeben. Darum reden sie jetzt nur von einem «sehr langen» Krieg, der sich über Jahre hinziehen könne. Darum betonen sie die Schwierigkeiten der «Hauptaufgabe», die südvietnamesische Bevölkerung dem Einfluss der Nationalen Befreiungsfront zu entziehen und sie unter die Botmässigkeit der Machthaber in Saigon zu bringen, die völlig von amerikanischer Unterstützung leben. Darum auch die merkwürdig anmutende Freiheit amerikanischer Berichterstatter, nach Nordvietnam zu fliegen und von dort aus zu berichten, dass die Luftangriffe zwar der Zivilbevölkerung schwere Verluste an Gut und Blut zufügen, aber durchaus nicht

* Der israelische General Dayan berichtet, der amerikanische General Larsen habe ihm erklärt, die Bombardierung Nordvietnams werde so lange fortgesetzt, bis es klar sei, dass die Vereinigten Staaten in Südvietnam nach eigenem Gutdünken schalten und walten könnten.

kriegsentscheidend wirken. Soll dadurch das amerikanische Volk, das durch Presse, Radio, Fernsehen usw. über Wesen, Zweck und Wirkung des Krieges gegen Vietnam so schamlos irregeführt wurde, allmählich für einen *wirklichen* Verhandlungsfrieden reif gemacht werden? Offenbar erscheinen den Staatslenkern und Kriegführern der USA die vietnamesischen «Siegestrauben» einfach doch als so sauer, dass sie das Volk daran gewöhnen müssen, auf ihren Genuss zu verzichten...

Verhandlungsfrieden! Die Voraussetzungen für einen Verhandlungsfrieden, der nicht nur ein verschleiertes «Friedens»-Diktat der Vereinigten Staaten wäre, müssen freilich in erster Linie von der Washingtoner Regierung selber geschaffen werden. Präsident de Gaulle hat das soeben wieder ganz undiplomatisch klargemacht. Das betonen aber nachdrücklich auch die Verfasser der vorhin erwähnten Quäkerschrift. «Es ist», so stellen sie fest, «in Vietnam keine Lösung möglich ohne eine klare, unzweideutige Erklärung der Vereinigten Staaten, dass sie bereit sind, den Krieg auf der Basis einer Übereinkunft zu beenden, die den Abzug ihrer Streitkräfte und die Auflösung ihrer Militärstützpunkte einschliesst. Eine solche Erklärung wird von sofortigen und bedeutsamen Handlungen begleitet sein müssen, um unseren guten Willen unter Beweis zu stellen... Es ist deshalb wichtig, dass wir, während wir Verhandlungen suchen, zugleich unmittelbare Schritte zur De-Eskalation ankündigen, wie zum Beispiel die Einstellung der Bombenangriffe sowohl auf Nord- als auch auf Südvietnam und den Verzicht auf neuerliche Truppenverstärkungen.» Ohne unwiderrufliche Handlungen solcher Art werden in der Tat die Vereinigten Staaten nach ihren bisherigen verlogenen «Friedensoffensiven» nie und nimmer glaubhaft zu machen vermögen, dass es ihnen *diesmal* wirklicher Ernst sei.

Eine zweite Voraussetzung für ehrliche Verhandlungen, die nicht unter dem Druck der 400 000 amerikanischen Soldaten in Vietnam stünden, ist – wiederum mit den Worten der Quäkerschrift – die Versicherung der USA, «dass über die Zukunft Vietnams von den Vietnamesen selbst entschieden werden soll... Die amerikanische Verlautbarung sollte ferner klar zu erkennen geben, dass bei allen Verhandlungen und bei jeder politischen Regelung für Vietnam die Nationale Befreiungsfront als Partner mit eigenen Rechten und nicht als Anhang der Delegation Hanoi beteiligt sein sollte.» Schliesslich haben die Vereinigten Staaten mit militärischer Macht zugunsten der verkommenen Oberschicht in Saigon eingegriffen, lange bevor auch nur ein einziger nordvietnamesischer Soldat im Süden des Landes stand. Es ist darum nur billig, dass die Träger des Volksaufstandes in Südvietnam von vornherein als vollberechtigte Verhandlungspartner anerkannt werden. Kommunisten hin oder her – wie eine künftige Regierung von Südvietnam aussehen und wer in ihrem Namen Frieden schliessen soll, das haben nicht die Amerikaner zu bestimmen, sondern die Opfer ihres Einmischungskrieges selber.

Das offen anzuerkennen, dazu ist man freilich in Washington noch

immer nicht bereit. Von den Nutzniessern der ungeheuren Kriegsmateriallieferungen, die die USA-Regierung vergibt, haben wir schon gesprochen. Mit ihnen verbündet sind all die andern Kräfte, die den Lebensraum der «freien» – das heisst der kapitalistischen – Wirtschaft auf der Erde nicht durch eine Ausdehnung des sozialistischen und kommunistischen Einflussbereiches eingeengt wissen wollen und diese doch unvermeidliche Entwicklung mit kriegerischer Gewalt zu verhindern suchen. Und die finden sich nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen Welt, nicht zuletzt in der Schweiz, die, wie auch die jüngste Wahl eines Herrn mit 64 Verwaltungsratssitzen und einem Jahreseinkommen von annähernd einer halben Million Franken zum Bundesrat erneut gezeigt hat, eher einer Aktiengesellschaft als einer Republik freier Bürger gleicht. Eines der Presseorgane dieser Schweiz, das natürlich den Vietnamkrieg der Amerikaner nachdrücklich unterstützt, hat denn auch kürzlich wieder das Schreckgespenst eines Zusammenbruches der Machtstellungen der ganzen «freien» Welt Süd- und Südostasiens an die Wand gemalt und den Vereinigten Staaten nurmehr die Wahl gelassen zwischen einer weiteren Schädigung ihres «moralischen Prestiges» im Falle der Kriegsfortsetzung und einer Einbusse von Machtprestige «in katastrophalem Ausmass» bei einem Rückzug aus Vietnam. Wobei nicht zweifelhaft war, welcher Möglichkeit die brave «Neue Zürcher Zeitung» (vom 31. Dezember 1966) den Vorzug geben würde. Moral im Staatenverkehr, so denken eben alle «Realpolitiker», ist ein durchaus entbehrlicher, ja verderblicher Luxus, im Gegensatz zu Gladstone, der zu sagen pflegte, dass politisch nicht richtig sein könne, was moralisch falsch sei.

Ob England unter der Regierung des grossen liberalen Führers immer nach dieser Erkenntnis gehandelt hat, ist eine andere Frage; jedenfalls handelt das *heutige* England nicht danach, was für eine «sozialistische» Regierung wahrlich keine besonders gute Reklame ist. Die neuesten Friedensbestrebungen der Messrs. Wilson & Co. entbehren darum von vornherein aller Wirkungsmöglichkeiten, hat doch Aussenminister Brown die Stirn gehabt, auf eine Anfrage von Linkssozialisten im Unterhaus zu behaupten, ihm sei von einer Beschiessung nichtmilitärischer Ziele im Stadtkreis von Hanoi nichts bekannt, so dass es die Regierung ablehnen müsse, von den amerikanischen Bombenangriffen auf diesen Raum abzurücken. Dass man in Nordvietnam unter solchen Umständen zu einer britischen Friedensvermittlung wenig Vertrauen hat, ist mehr als verständlich, auch wenn die Londoner Regierung durch die Berichte amerikanischer Journalisten inzwischen überzeugt worden sein sollte, dass die Luftwaffe der Vereinigten Staaten keinen Unterschied zwischen militärischen und nichtmilitärischen Zielen macht, sobald das ihren Zwecken dient. Bleibt schliesslich noch eine Vermittlungsaktion der UNO, von der aber im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht viel mehr zu erwarten ist als von einer solchen der päpstlichen Diplomatie, die es nicht einmal fertiggebracht hat, Kardinal Spellman kräftig in den Senkel zu stellen, vielmehr ihm seine Äusserungen nicht übelnehmen zu können erklärte, wenn auch der Papst persönlich für

einen Verständigungsfrieden und nicht wie Spellman für einen Siegfrieden sei... U Thant, der Leiter der UNO-Diplomatie, hat seinerseits viele enttäuscht, die von ihm erwarteten, er werde auf seinem Rücktritt beharren und mit seiner kaum verhüllten Missbilligung der amerikanischen Vietnampolitik den grossen Staatsmännern in Washington fruchtbaren Stoff zum Nachdenken geben. Aber offenbar glaubt er neuerdings doch an eine Möglichkeit, zu einer auch für Nordvietnam annehmbaren Beendigung des Krieges beizutragen. Man weiss ja nie, was alles hinter den Kulissen verhandelt wird, während auf offener Bühne das alte Stück weitergespielt wird.

Auf jeden Fall hat U Thant Ende Dezember in aller Form und öffentlich seine Forderung wiederholt, die Vereinigten Staaten müssten den ersten Schritt auf dem Weg zum Frieden tun, indem sie einseitig und bedingungslos ihren Luftkrieg gegen Nordvietnam einstellten. Worauf Mr. Goldberg, Präsident Johnsons Vertreter bei der UNO, prompt antwortete, die Regierung der USA könne auf die Beschiessung Nordvietnams nicht verzichten, bevor nicht Hanoi «entsprechende Massnahmen zur Verminderung der Feindseligkeiten» zu ergreifen bereit sei – ohne aber irgendwie genauer zu umschreiben, mit welchen Massnahmen Nordvietnams sich Washington zufrieden geben könne. Der erste Schritt zu Verhandlungen – so heisst das – müsse also von Nordvietnam ausgehen, das die Befreiung von seinen Kriegsleiden durch das Versprechen zu erkaufen habe, sich aus Südvietnam zurückzuziehen und das Land den Amerikanern zu überlassen – genau das also, was diese mit der Eröffnung ihres Luftkriegs bezweckten. Am Verhandlungstisch wäre dann nur noch über die förmliche Beendigung des nordvietnamesischen «Angriffskrieges» und die künftige politische Form Südvietnams zu befinden, selbstverständlich bei fortgesetzter Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte in ihren Stützpunkten.

Es geht um China Washington hält eben nach wie vor an seinem Entschluss fest, Südvietnam unter allen Umständen jeglichem sozialrevolutionären Einfluss zu entziehen, also es nicht nur von den nordvietnamesischen «Eindringlingen» zu säubern, sondern auch den Aufstand der Einheimischen gegen das Saigoner Regime zu zerschlagen. Der sogenannte Rat der Streitkräfte, das eigentliche Organ der südvietnamesischen Militärdiktatur, hat denn auch an seiner Herbsttagung 1966 ausdrücklich verlangt, dass vor der Aufnahme von Friedensverhandlungen die Nationale Befreiungsfront aufgelöst und nachher keine Regierung geduldet werde, in der Neutralisten oder Kommunisten vertreten seien.

Aber es handelt sich ja für die Vereinigten Staaten gar nicht in erster Linie um Vietnam, sondern – wie hier immer wieder gesagt wurde – um *China* als die Hauptkraft einer sozialen und politischen Umgestaltung Südost- und Südasiens. Den Regierenden in Washington, so schreibt auch Heinz Abosch in den Kölner «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Dezember 1966), «vermag die Perspektive eines wirtschaftlich durchorganisierten, atombewaffneten und im Jahre 2000 mindestens 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Chinas nichts als Furcht einzuflössen.

Die Versuchung liegt daher nahe, den Gegner zu reduzieren, bevor er unermessliche Dimensionen angenommen hat. Diese Konzeption liegt dem Vietnamkrieg zugrunde.»

Und die «*proletarische Kulturrevolution*», die jetzt über China hinweggefegt, hat nicht zuletzt den Zweck, das Volk noch besser als bisher auf einen Krieg mit Amerika vorzubereiten, einen Krieg, in dem die «revisionistische» Sowjetunion auf der Seite des USA-Imperialismus stehen werde. Das Ärgste war und ist aber für Mao Tse-tung und seine Anhänger die Gefahr, dass in China selber – wie in der Sowjetunion – der revolutionäre Schwung erlahmen und damit das ganze riesenhafte Lebenswerk der Schöpfer des kommunistischen Chinas wieder zerfallen könne. Wie Elisabeth Steil-Beuerle auf Grund von Reiseeindrücken aus China im Hamburger «Spiegel» (21. November 1966) schreibt: «Den Tod vor Augen, stand der greise, kränkelnde Mao vor den Scherben seiner weltrevolutionären Aussenpolitik. Im Innern sah er in das ihm widerwärtige Antlitz revisionistischer Restauration... Liberale Literaten verfassten Lästerstücke. In Fabeln aus der Feudalzeit forderten sie – bejubelt von Intellektuellen und Bauern – die Auflösung der Kommunen, Rückgabe des enteigneten Landes an die Bauern und Gedankenfreiheit: ein revisionistisches Programm. Revisionistische Ökonomen nutzten die Kommunenkatastrophe zu kapitalistischen Versuchen. Sie stellten die enteigneten Kapitalisten oft als Betriebsleiter in deren einstigen Fabriken an... (Diese Kapitalisten) bezogen oft Millionen-erträge aus ihren früheren Firmen, leisteten sich Paläste mit Dienerschaft und liessen sich in Mercedes-Limousinen umherchauffieren. Mao sah das fortschrittliche Reich der Mitte nach Sowjetvorbild zum Sozialdemokratismus degenerieren.» Sein Gegenvorschlag war die proletarische Kulturrevolution, die das neue China, das China der Helden des «Langen Marsches», retten soll.

Wieviel Wahres an der Behauptung von einer reaktionär-kapitalistischen Gegenrevolution ist, die in China im Gang gewesen sei, entzieht sich dem Urteil des Aussenstehenden. Sicher ist aber zweierlei: Die nachstalinistische Sowjetunion ist trotz allem Nachlassen sozialistischer Willensantriebe kein Verbündeter des amerikanischen Imperialismus. Sie sucht gewiss das China Maos zu isolieren – aber nur als Antwort auf (vermeintlich oder wirklich) revolutionäre Abenteuer dieses Chinas im aussenpolitischen wie im innenpolitischen Bereich. Und darum drängte – das ist das Zweite – eine starke Strömung in der chinesischen Partei- und Staatsführung auf eine Wiederannäherung an die Sowjetunion, namentlich auch im Hinblick auf den Stand des Vietnamkriegs, der auch vom Vietkong und von Nordvietnam Zugeständnisse verlangt, besonders den Verzicht auf die starre Forderung, dass die Amerikaner Vietnam ganz räumen müssten, bevor Friedensverhandlungen möglich seien.

Ein Ende des Vietnamkriegs, das durch Zugeständnisse beider Kriegsparteien möglich würde, würde unendlich besser China und seine sozialistischen Verwirklichungen retten als die ganze «Kulturrevolution» und die sonstigen Vorbereitungen auf eine militärische Kraftprobe mit Amerika.

Und was den Kampf gegen eine Rückbildung Chinas zu kapitalistischen Wirtschaftsformen betrifft, so scheint uns das Aufgebot von zehn Millionen grossenteils halbwüchsiger, unwissender «Rotgardisten» und die regelrechte Vergötzung Maos ein gänzlich untaugliches Mittel für die Erneuerung sozialistischen Denkens und Wollens. Die Gefahr der Verbürgerlichung, die in allen sozialistisch-kommunistisch regierten Ländern tatsächlich besteht, wird nur durch ein Zurückgreifen auf die tiefsten, auf die geistig-sittlichen Quellen und Antriebskräfte der sozialistischen Bewegung zu bannen sein, nicht durch dramatisch aufgelegene Massenaktionen, die von oben her befohlen werden. Das wird man auch in China lernen müssen. Was *jetzt* in China geschieht, arbeitet nur den hinter den amerikanischen Herrschaftsplänen stehenden Kräften in die Hände und erschwert die Aufgabe derer, die die Vereinigten Staaten dazu bringen wollen, Wirtschafts- und Gesellschaftsformen neben sich zu dulden, die nicht die ihrigen sind. Um noch einmal die Schrift der amerikanischen Quäker anzuführen: «Die Erfahrung in Vietnam hat gezeigt, wie notwendig es ist, dass die Amerikaner ein neues Verständnis für jene sozialen Kräfte gewinnen, die in grossen Teilen der Welt eine Änderung der bestehenden Verhältnisse erstreben... In ihrem Überfluss können sich die Amerikaner die in den meisten Entwicklungsländern gegenwärtig herrschende Verzweiflung kaum vorstellen. Die Ghettos (farbiger Menschen) inmitten unserer eigenen Städte vermitteln nur einen kleinen Eindruck von dem sozialen Sprengstoff, der in den ärmeren Nationen vorhanden ist. Grundlegende Strukturveränderungen sind notwendig.»

Kleinkrieg in Lateinamerika Solch grundlegende Wandlungen der gesellschaftlichen Lebensformen und Einrichtungen werden die Vereinigten Staaten weder in Asien noch sonstwo in der Welt dauernd verhindern können. Am wenigsten wohl in *Lateinamerika*, das weithin einfach nordamerikanisches Kolonialland ist. «Das dort angelegte ‚Fremdkapital‘ ist grossenteils USA-Kapital. Die Hilfe, die die dortigen Armeen – das heisst für die Stützung der feudalen Herrenklassen – bekommen, ist USA-Hilfe. Innerhalb von Lateinamerika hat die USA-Regierung reaktionäre Kreise und Nichtstuerschichten unterstützt. Ihre Rolle war und ist weiterhin ganz allgemein, die Herrschaft dieser Klassen und damit die Fortdauer der Faulheit aufrechtzuerhalten.» (C. W. Mills in seinem Buch «Listen, Yankee».)

Die Wirkungen dieses ungeheuerlichen Kolonialsystems, das bis auf die Eroberung Mittel- und Südamerikas durch die Spanier und Portugiesen zurückgeht, sind in diesen Blättern oft genug beschrieben worden. Fügen wir aus neuerlichen Feststellungen der Vereinten Nationen nur bei, dass infolge der Unterernährung breiter Volksschichten die Lebensdauer in den meisten lateinamerikanischen Ländern zu den niedrigsten der ganzen Welt gehört. Wenn man Argentinien und Uruguay ausnimmt, erreicht sie den höchsten Stand in Kuba und Costa Rica mit etwa 60 Jahren, den niedrigsten in Guatemala mit 40 Jahren für Männer und 46 für Frauen, in

Bolivien mit 40 und 45 und in Haiti mit 36 und 45 Jahren. 30 bis 40 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung hausen in untermenschlichen «Wohnungen». Das Jahreseinkommen je Kopf schwankt ausser Venezuela und Argentinien zwischen 450 und 2200 Schweizer Franken; in Brasilien und Mexiko zum Beispiel beträgt es 1800 Franken (Vereinigte Staaten 7000 Franken, Schweiz 4500 Franken). Die äusserst geringe Kaufkraft und die tiefe Unwissenheit der Volksmassen verhindern aber jeden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, solange ausländische, das heisst nordamerikanische Geld- und Militärhilfe die einheimischen Oberklassen an der Macht hält. Der Aufstieg des Volkes zu menschenwürdigen Lebensbedingungen verlangt darum überall den Bruch dieser «unheiligen Allianz» und die Übernahme der Wirtschafts- und Staatsmacht durch die leidenden, niedergehaltenen Klassen der Kleinbauern und der besitzlosen Arbeiter zu Stadt und Land.

Dieser Befreiungskampf ist bisher einzig in Kuba erfolgreich gewesen – als gewaltrevolutionärer Aufstand von Bauern, Arbeitern und Intellektuellen. Die «friedliche Revolution», wie sie für Chile in der letzten Weltrundschau beschrieben wurde, ist überall in blossen Reformen stecken geblieben, die gewiss wohltätig wirken, aber die Besitzverhältnisse und darum den Klassenaufbau im Grund unangetastet gelassen haben. Aber dabei kann es nicht bleiben, weder in Chile noch anderwärts. Die jammervolle Lage der Volksscharen, die «abgehetzt und verwahrlost sind wie die Schafe, die keinen Hirten haben», empört namentlich auch jedes wache christliche Gewissen.

Einer von denen, die das Elend nicht mehr tatenlos mitansehen konnten, war der kolumbianische Priester *Camilo Torres*. Als linksstehender Lehrer der Soziologie an der Universität von Bogotá geriet er aber mehr und mehr in Gegensatz zu seinen kirchlichen Oberen. Seiner priesterlichen Würde entsetzt, warf er sich in den politischen Kampf, gründete die Bewegung «Einheitsfront», rief mit Botschaften an die verschiedensten Kreise zur tatkräftigen Hilfe für die Armen und Ärmsten auf und schloss sich zuletzt den Guerillakämpfern in den Bergen an. «Viele Jahre lang», so klagte er in einer seiner Flugschriften, «haben die Armen unseres Vaterlandes auf den Sammlungsruf gewartet, um sich in den Endkampf gegen die Oberklasse zu stürzen. In jenen Augenblicken, da die Verzweiflung des Volkes die äusserte Grenze erreichte, hat die herrschende Klasse immer wieder einen Weg gefunden, um das Volk zu täuschen und es abzulenken – mit neuen Formeln, die stets aufs gleiche hinauskommen: Das Volk muss leiden, und der bevorrechteten Klasse geht es gut... Ich habe mich dem bewaffneten Kampf angeschlossen. Von den kolumbianischen Bergen aus gedenke ich mit den Waffen in der Hand den Kampf weiterzuführen bis zur Gewinnung der Macht für das Volk.»

In diesem Kampf ist Camilo Torres jetzt vor einem Jahr gefallen – ein tragisches Opfer seines Glaubens, dass die Liebe zu Gott und zum Mitmenschen auch zum bewaffneten Kampf gegen Unrecht und Unterdrückung zwingt. «Die Revolution», so sagte er, «kann friedlich sein, wenn ihr die

Minderheiten keinen gewalttätigen Widerstand entgegensetzen... Sie kann aber (als bewaffneter Aufstand, H. K.) nicht nur erlaubt, sondern geboten sein für die Christen, die in ihr die einzige umfassende und wirksame Art und Weise sehen, die Liebe zu allen zu betätigen.»

Don Camilo ist sicher nicht den Weg Jesu gegangen. Aber wer wollte den ersten Stein auf ihn werfen, wenn er sieht, wie eine hochherzige Seele in ihrer Verzweiflung keinen andern Ausweg mehr zu erkennen meint, als Gerechtigkeit und Menschlichkeit durch den gewaltsamen Sturz der Nutzniesser von Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit zu verwirklichen?

Der revolutionäre Kleinkrieg ist in der Tat mehr und mehr die Kampfform der entschlossensten Gegner feudaler und kapitalistischer Ausbeutung des Volkes in Lateinamerika geworden. Besonders bezeichnend ist das Beispiel *Guatemalas*. Bezeichnend darum, weil die Vorkämpfer der dortigen Freiheitsbewegung eine andere Kampfführung gewählt haben, als sie in Kuba – mit soviel Erfolg – angewandt wurde. Sie lernten zwar von den kubanischen Revolutionären, dass nur eine radikal sozialistische Zielsetzung, ohne Verlass auf die bürgerliche Demokratie, das Volk zu jener Einheitlichkeit und Kraftanstrengung zusammenschmieden vermag, die nötig ist, um die alte Ordnung zu überwinden. Aber sie lernten auch aus dem Schicksal der reformistischen Regierung Arbenz in Guatemala, die im Jahr 1954 mit nordamerikanischer Hilfe zerschlagen wurde, dass es in einem schwer unterentwickelten Land neue Organisations- und Kampfformen braucht, wenn nicht von vornherein eine geschlossene, machtvolle Volksbewegung den Aufstand trägt. Die guatemalteken Sozialisten verzichteten darum auf die Schaffung eines gebietsmässig beschränkten Aufstandszentrums, von dem aus die reguläre Armee angegriffen werden müsste. Sie begannen kleine, äusserst bewegliche Guerillaabteilungen zu bilden, deren Aufgabe es sein soll, bisher vereinzelte bäuerliche Gemeinschaften zu einem Ganzen zusammenschliessen und nötigenfalls den Grossgrundbesitzern und den mit ihnen verbündeten Behörden harte Schläge zu versetzen. Ein Zusammenstoss mit Polizei und Armee soll zunächst vermieden werden, böten doch die revolutionären Gruppen dem zahlenmässig und technisch weit überlegenen Gegner ein allzu bequemes Ziel. Hand in Hand mit der Sammlung der Landbevölkerung soll eine planmässige Untergrundarbeit in den Städten und Industriegebieten gehen, mit dem Ziel, alle möglicherweise revolutionären Kräfte auf den Tag vorzubereiten, an dem die herrschende Klasse so geschwächt und allein dasteht, dass sie einer Volkserhebung nicht mehr zu widerstehen vermöchte.

Ähnliche Kampfformen haben nun auch die Aufständischen in *Peru* zu entwickeln begonnen. Sie hatten zuerst versucht, nicht nur eine einzige «Sicherheitszone», sondern gleich mehrere Widerstandszentren in den Bergen zu errichten, und waren von dort aus gegen die Regierungstruppen vorgestossen, die aber gerade auf diese Art von Kampfführung zählten, um ihre überlegenen Waffen und Kräfte zur Geltung zu bringen. Mit nordamerikanischer Unterstützung wurde die Regierungsarmee des Aufstandes vom Herbst 1965 leicht Herr und zerschlug die Widerstandsnester so

gründlich, dass die Revolutionäre gezwungen wurden, sich ungefähr in den gleichen Formen neu zu sammeln, wie es in Guatemala der Fall ist. Auf die Erledigung eines revolutionären Kleinkriegs nach kubanischem Muster sind die Herrschenden in Lateinamerika jetzt überall gut eingerichtet; dass aber eine Kampfführung nach neuem guatemaltegischem und peruanischem Muster den Verteidigern der bestehenden Ordnung viel härtere Aufgaben stellt, lehrt auch der Vietnamkrieg, der – wenngleich ohne Zusammenhang mit lateinamerikanischen Erfahrungen – ebenfalls eine sehr bewegliche Guerillataktik, gestützt auf engste Zusammenarbeit mit dem Bauern- und Arbeitervolk, sich entfalten gesehen hat und nur dadurch zu der ungeheuren amerikanischen Kriegsmaschine ein wirksames Gegengewicht zu bilden vermag.

Ob sich die revolutionären Bewegungen der übrigen lateinamerikanischen Länder die Erfahrungen in Guatemala und Peru zunutze machen werden, bleibt abzuwarten. Ein Erfolg wird ihnen allen wohl erst beschieden sein, wenn die Vereinigten Staaten nicht mehr, wie im Falle der Dominikanischen Republik und Vietnams, nach Belieben überall ihre Streitkräfte zugunsten gegenrevolutionärer Regierungen einsetzen können, und das heisst erst dann, wenn die Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker ganze Erdteile erfasst. Von der Sowjetunion erwarten freilich die Träger der Bewegung in Lateinamerika mindestens heute keine Hilfe. Wie die Neuyorker «Monthly Review» (September 1966), der wir die Angaben über die neuen Kampfformen im revolutionären Kleinkrieg entnommen haben, zu wissen glaubt, sind die lateinamerikanischen Linksozialisten «fest überzeugt, dass die Sowjetunion verzweifelt eine Verständigung mit den Vereinigten Staaten sucht und bereit ist, als Preis dafür nicht nur die westliche Halbkugel als amerikanische Einflusszone anzuerkennen, sondern auch das Mögliche zu tun, um revolutionäre Bewegungen in diesem Raum im Rahmen der ‚friedlichen Koexistenz‘ zu halten. Die Frage, die diese lateinamerikanischen Revolutionäre tief bewegt, ist, wie weit sich Kuba dazu verleiten oder zwingen lässt, das sowjetische Spiel mitzumachen.» Auf jeden Fall muss man für die Zukunft mit einer Reihe gewalttätiger Revolutionen in Lateinamerika rechnen; den christlichen Weg werden in aller absehbaren Zeit nur kleinere Gruppen von Menschen beschreiten, die nach einer von Grund auf neuen Ordnung des Gemeinschaftslebens trachten.

Rüstung und Militärzwang Aber nun zurück zu unserem alten *Europa*. Die Hauptlast, unter der unser Erdteil seufzt und die alle wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte hindert, bleiben die immer noch höher aufgetürmten *Militärrüstungen* – die Folge und das Werkzeug des Kalten Krieges zwischen West und Ost. Die Vereinigten Staaten, die ihn begonnen haben, sind zwar im Grund bereits darüber hinausgekommen. Sie wissen, dass die Sowjetunion alles andere eher betreibt als einen Angriff auf den Westen. Und besonders seit ihrer Verstrickung in den Vietnamkrieg suchen sie in Europa offenkundig zu einer Gesamtverständigung mit der Sowjetunion zu kommen,

nicht zuletzt auch mit der Absicht, ein sowjetisches Eingreifen gegen sie im Fall eines amerikanisch-chinesischen Krieges zu verhindern. Aber *Westdeutschland* hält mehr arglistig als verblendet an der Unwahrheit fest, dass es sich gegen einen sowjetischen Angriff auf seinen Bestand mit stärksten militärischen Rüstungen wappnen müsse. Dies, obwohl jedermann weiss, dass eine Bedrohung des Friedens in Europa nur von dem westdeutschen Streben ausgehen kann, die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenz- und Machtverhältnisse umzustossen.

In Frankreich und England machen denn auch die Regierenden kein Hehl aus ihrem Bestreben, dem Bonnere Militärstaat jede Möglichkeit zu nehmen, einen Krieg – und gar einen Atomkrieg – zu entfesseln. Und auch die Vereinigten Staaten haben vorsichtig zwar, aber doch deutlich genug zu verstehen gegeben, dass sie die westdeutschen Militärgeister, die sie gerufen haben, lieber heute als morgen los sein möchten. Präsident Johnson hat Herrn Erhard bei dessen letztem Besuch in Washington kaltlächelnd fallen gelassen und damit zum Sturz des Bundeskanzlers nicht wenig beigetragen. Aber die «neue» Regierung in Bonn setzt – unter offener Mitverantwortung der Sozialdemokraten – die alte Ostpolitik unentwegt fort, mit gewissen Milderungen in der Form zwar, die sie zu beabsichtigen scheint, im Grunde jedoch klar auf die Annexion der DDR und die Beseitigung der Oder-Neisse-Grenze gerichtet. Alle Anstrengungen in Westdeutschland selbst und besonders von seiner Umwelt her müssten jetzt auf das eine Ziel gerichtet sein, durch einen planmässigen, entschlossenen Abbau der westdeutschen Kriegsmaschine das Haupthindernis zu beseitigen, das einer Befriedung und sozialen Erneuerung Europas im Wege steht.

Damit entfielen nicht nur für die Sowjetunion, für Polen und die Tschechoslowakei jeder Grund, durch eigene Kriegsrüstungen die Gefahr eines dritten deutschen Vorstosses gegen den Osten abzuwehren, sondern auch für den *ostdeutschen Teilstaat*. Die DDR hat sogar doppelten Grund, abzurüsten, wäre sie doch im Fall eines Krieges das erste Opfer der Katastrophe. Und eine solche Katastrophe durch Einschüchterung der Bundesrepublik abzuwehren zu helfen, dazu ist die ostdeutsche Volksarmee ja viel zu schwach. Wenn ihre politischen und militärischen Führer das nicht einsehen – die ostdeutschen Christen und ihre Kirchen *müssten* es einsehen, können sie doch *grundsätzlich* nicht Ja zum Militärbetrieb sagen, wenn es ihnen mit dem Gehorsam gegen das Evangelium Ernst ist. Nicht wenige Christen weigern sich denn auch, Militärdienst zu leisten, und der Staat hat ihnen auch – besonders auf Drängen der Christlich-Demokratischen Union – das Zugeständnis gemacht, dass sie einen entsprechend langen und schweren Arbeitsdienst leisten dürfen. Aber was ist aus diesem Zivildienst geworden? Ein Bericht in den «Cahiers de la Réconciliation», dem Organ des Internationalen Versöhnungsbundes (November/Dezember-Heft 1966), gibt unverblümt die Antwort: «Dieser Ersatzdienst hat sich leider als Schwindel (*duperie*) enthüllt. Diese jungen Männer tragen zwar keine Waffen, arbeiten aber am Bau von Militärbefestigungen und sind tatsäch-

lich militärischen Genietruppen gleichgestellt. Mehrere Hunderte von ihnen haben schliesslich diese Arbeit verweigert. Sie sind in ‚Umerziehungslager‘ gebracht worden, wo die Geistlichen sie nicht einmal besuchen dürfen.»

Die Synode der Evangelischen Kirche hat gegen diese Behandlung Verwahrung eingelegt und einen *echten* Zivildienst – zum Beispiel im Roten Kreuz oder in der öffentlichen Fürsorge – gefordert. Die zuständige Behörde hat dieses Begehren abgewiesen und sogar eine noch strengere Behandlung der christlichen Militärdienstverweigerer in Aussicht gestellt. Schon das ist falsch. Auch eine betont nichtchristlichen Anschauungen huldigende Staatsführung sollte – besonders wenn sie sich zum Sozialismus bekennt – mindestens soviel Achtung vor der Ablehnung des Militärdienstes aus Gewissensgründen – also vor dem stärksten Protest gegen das Kriegswesen, der überhaupt möglich ist – in sich tragen, dass er diesen «Protestanten» erlaubte, der Volksgemeinschaft auf andere Art zu dienen. Sie sollte sich nicht auf die gleiche Stufe mit kapitalistischen Militärstaaten stellen, die – wie noch immer unsere Schweiz – keine andere Landesverteidigung anerkennen als die mit den Waffen des Todes. Aber noch schlimmer ist es, dass auch eine Gruppe von Kirchendienern, der Bund evangelischer Pfarrer, in dieser Frage gemeinsame Sache mit dem Staat macht und behauptet, die Haltung der Militärdienstverweigerer bedeute «eine Verachtung für alle jungen Christen, die den Militärdienst in einer sozialistischen Armee als wirksame Form eines christlichen Friedensdienstes ansehen». (Nach dem erwähnten Bericht in den «Cahiers de la Réconciliation».)

Der Zweck – «sozialistische» Landesverteidigung – heiligt also nach dieser Auffassung auch das unheilige Mittel! Dass aber ein Kernstück des Evangeliums die Überwindung des Bösen durch das Gute ist, nicht durch Androhung und Anwendung von Gewalttätigkeit, das ist eine Selbstverständlichkeit, die mit keiner theologischen Sophistik zu widerlegen ist. Die Frage ist darum gar nicht, ob ein sozialistischer Staat wirklich durch Kriegsrüstung und Kriegführung geschützt werden kann (ich verneine es entschieden); die wirkliche Frage ist vielmehr: Haben Menschen, die sich auf christlichen Boden stellen, die Pflicht, einem Staat zu gehorchen, der sie zwingen will, entgegen der Lehre Jesu «notfalls» blutige Waffen zu gebrauchen? Und hat ein Staat – irgendein Staat, ob sozialistisch oder nicht – das Recht, junge Menschen zu verpflichten, den widerchristlichen Weg der gewalttätigen Landesverteidigung zu gehen? Die Antwort kann nur lauten: Der Staat hat nicht dieses Recht, und Christen haben nicht diese Pflicht. Und wir wollen gern hoffen, dass auch in den Kirchen der DDR *überall* eine feste Haltung gegenüber allen obrigkeitlichen Zumutungen eingenommen werde, die mit dem klaren Sinn und Geist des Evangeliums unvereinbar sind. «Lasst die Toten ihre Toten begraben; du aber folge *mir* nach.

5. Januar

Hugo Kramer